



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

### **Demokratische Debatte stärken – Klare Kante gegen jeglichen Extremismus zeigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag appelliert an alle Demokraten, sich gegen extremistische politische Tendenzen aller Art klar abzugrenzen, Grundrechte zu wahren, parlamentarische Gepflogenheiten aktiv zu leben und v. a. Linksextremisten unter dem Deckmantel des Antifaschismus zu widersprechen und nicht zu fördern. Ansichten gegen die Gesellschaftsordnung und die liberale Demokratie dürfen nicht salonfähig gemacht werden. Das Fundament der Demokratie muss auf Toleranz, Respekt und der Zusammenarbeit aufgebaut werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Extremismus jeglicher Art zu stärken, stets klar Position gegen sog. Klimakleber, gewalttätiger Antifa und Linksextremisten zu beziehen und grundsätzlich im politischen Diskurs eine angemessene Tonlage anzuschlagen.

### **Begründung:**

Seit Monaten terrorisiert die „Letzte Generation“, eine Organisation von aus unserer Sicht linksextremen Klimahysterikern, unsere Gesellschaft mit Straßenblockaden etc. Bedauerlich ist, dass auch unter Parlamentariern diese rechtswidrigen Aktionen gutgeheißen werden.

Auch der Bayerische Verfassungsschutzbericht 2022 berichtet wieder über zahlreiche linksextreme Organisationen, welche u. a. zu Gewalt gegen demokratische Parteien, wie der AfD-Fraktion und ihren Vertretern, aufrufen. Gesellschaftlich höchst bedenklich ist, dass auch im Landtag vertretene Parteien die nötige Distanz zu diesen Organisationen fehlt. Ferner erwähnt der Bericht auch zahlreiche Organisationen, welche unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung von rechts aber auch aus dem Bereich des islamistischen Extremismus gefährden.

Ferner ist unseres Erachtens zu bemängeln, dass der Verfassungsschutz (im Bund und im Freistaat) selbst als Regierungsschutz instrumentalisiert wurde und auch weiterhin von den Regierenden instrumentalisiert wird, um demokratische, aber im Wahlkampf unliebsame Parteien zu schädigen.